

## Leitfaden zum neuen Produktsicherheitsgesetz – ProdSG

### Guideline on the new “Product Safety Act – ProdSG”

1

## LEITFADEN ZUM NEUEN PRODUKTSICHERHEITSGESETZ – PRODSG

### Einleitung

Der folgende Leitfaden gibt einen Überblick über die Grundlagen und Neuerungen des Produktsicherheitsrechts.

Das neue Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), das am 01.12.2011 in Kraft getreten ist, ist die zentrale Rechtsvorschrift über die Produktverantwortung aller Wirtschaftsakteure, vom Hersteller bis zum Händler, für die Sicherheit von Produkten.

Damit erfolgt gleichzeitig die Umsetzung der europäischen **„Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit Nr. 2001/95/EG“** in Deutschland in nationales Recht.

Das Gesetz hat auf dem europäischen Binnenmarkt entscheidende Bedeutung für die Vermarktung und Sicherheit von Verbraucherprodukten und die damit verbundene Marktüberwachung.

Hauptziel des Gesetzes ist es, durch die Einhaltung und Erfüllung rechtlicher Anforderungen nur sichere Produkte auf dem Markt bereitzustellen, welche die Rechtsgüter der Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährden.

Die Entwicklung des Produktsicherheitsrechts begann im Jahr 1968 mit dem Gerätesicherheits-

2

#### Hinweis:

Achten Sie vor allem bei Recherchen im Internet darauf, dass es sich um das neue ProdSG aus dem Jahr 2011 und nicht um die alte Fassung aus dem Jahr 1997 handelt!

gesetz, 1997 folgte dann das Produktsicherheitsgesetz. Beide Gesetze galten nebeneinander, bis sie 2004 vom Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG) abgelöst wurden, das die Anforderungen beider Regelungsbereiche miteinander verband. Schließlich wurde 2011 über die „Verordnung (EG) Nr. 765/2008 zur Akkreditierung und Marktüberwachung“ und den „Beschluss Nr. 768/2008/EG“, dem sogenannten NLF („New Legislative Framework“), über einen gemeinsamen europäischen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten das neue Produktsicherheitsgesetz geschaffen und trat noch am 01.12.2011 in Kraft.

- 1968 Gerätesicherheitsgesetz
- 1997 Produktsicherheitsgesetz (existierten dann nebeneinander)
- 2004 Geräte- und Produktsicherheitsgesetz – GPSG (zusammengeführt)
- 2011 Produktsicherheitsgesetz – ProdSG, in Kraft getreten am 01.12.2011

### Anwendungsbereich

Alle Produkte, die im Rahmen einer Geschäftstätigkeit auf dem Markt bereitgestellt (in Verkehr gebracht), ausgestellt oder erstmals verwendet werden. (Dies gilt nicht für Antiquitäten, gebrauchte

3

Produkte, Lebensmittel, lebende Pflanzen und Tiere, Medizinprodukte etc. Hier gelten spezielle Gesetze und Regelungen, wie zum Beispiel das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch oder das Artenschutzgesetz.)

#### Wichtige Begrifflichkeiten:

**„Inverkehrbringen“ wird zu „Bereitstellung auf dem Markt“ – § 2 Ziff. 4**

*„Jede entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe eines Produkts zum Vertrieb, Verbrauch oder zur Verwendung auf dem Markt der EU im Rahmen einer Geschäftstätigkeit“*

**Wirtschaftsakteur wird als Oberbegriff verwendet – § 2 Ziff. 29**

Der Begriff Wirtschaftsakteur wird als Oberbegriff für alle Beteiligten in der Handelskette verwendet. Dies können Hersteller, Bevollmächtigte, Einführer (Importeure) und Händler sein.

**Ausstellen – § 2 Ziff. 2**

*[...] das Anbieten\*, Aufstellen oder Vorführen von Produkten zu Zwecken der Werbung oder der Bereitstellung auf dem Markt, [...]*

**Hersteller – § 2 Ziff. 14 (Bevollmächtigte in der EU/EWR, Importeure und Händler)**

*[...] jede natürliche oder juristische Person, die ein Produkt herstellt oder entwickeln oder herstellen lässt und dieses Produkt unter ihrem eigenen Namen oder ihrer eigenen Marke vermarktet; als Hersteller gilt auch jeder, der*

*a) geschäftsmäßig seinen Namen, seine Marke oder ein anderes unterscheidungskräftiges*

*Kennzeichen an einem Produkt anbringt und sich dadurch als Hersteller ausgibt oder*

*b) ein Produkt wiederaufarbeitet oder **die Sicherheitseigenschaften eines Verbraucherprodukts beeinflusst** und dieses anschließend auf dem Markt bereitstellt [...]*

## Hauptpflichten

Für alle Wirtschaftsakteure ist es verpflichtend, alle grundlegenden, relevanten und rechtlichen Vorgaben im Hinblick auf den Schutz der Sicherheit und Gesundheit von Personen einzuhalten.

### Herstellerpflichten (allgemein)

Ein Produkt darf grundsätzlich nur auf dem Markt bereitgestellt werden, wenn es bei bestimmungsgemäßer Verwendung oder vorhersehbarer Verwendung die Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährdet.

Dabei gelten als Beurteilungsmaßstab:

- die Eigenschaften des Produkts
- Einwirkungen auf andere Produkte
- Aufmachung des Produkts
- Gruppe von Verwendern

### Herstellerpflichten (speziell)

Der Hersteller hat sicherzustellen, dass der Verwender/Benutzer Informationen über evtl. Risiken, die mit dem Produkt während der üblichen oder vorhersehbaren Gebrauchsdauer verbunden

sind, erhält. Zum Beispiel durch Beifügen von geeigneten und verständlichen Gebrauchs- und Bedienungsanleitungen, Sicherheits- und Warnhinweisen (in deutscher Sprache) sowie sonstigen produktbezogenen Angaben oder Informationen.

Hersteller (s. Definition) sind zur eindeutigen Kennzeichnung zur Identifikation des Verbraucherprodukts verpflichtet. Das heißt, es sind folgende Angaben auf dem Produkt beziehungsweise auf der Verpackung anzugeben:

- Name und Kontaktanschrift des Herstellers
- Produktbezeichnung
- Artikel-/Chargennummer
- Produktionsdaten
- Lieferantencode

Darüber hinaus sind geeignete Überwachungsmaßnahmen wie beispielsweise die Durchführung von Stichproben bei den auf dem Markt bereitgestellten Produkten aufzustellen, um von einem Verbraucherprodukt ausgehende Risiken zu erkennen und abzuwehren (dies gilt auch für Produkte, die sich bereits auf dem Markt befinden). Weiter können regelmäßige Überprüfungen von Verbraucherprodukten durch beauftragte, unabhängige, zertifizierte/akkreditierte Testinstitute durchgeführt werden.

Ferner sind Hersteller dazu verpflichtet, mit Marktüberwachungsbehörden zusammenzuarbeiten oder sie von Störfällen zu unterrichten. Bei hohem Risiko für die Sicherheit und Gesundheit von Personen, insbesondere bei Rückrufaktionen, sind die zuständigen Aufsichtsbehörden unverzüglich zu informieren. Hier besteht die Verpflichtung zur

Selbstanzeige. Eine spätere Sanktionierung wird dadurch vermieden.

### CE-Kennzeichnungspflicht

Produkte unterliegen einer CE-Kennzeichnungspflicht, wenn sie den Anforderungen spezifischer EG-Produktrichtlinien entsprechen müssen. Diese Kennzeichnung hat vor dem ersten Bereitstellen auf dem Markt mit dem CE-Kennzeichen zu erfolgen.

Dazu ist festzustellen, ob das Produkt (s. Beispiele der möglichen Produktgruppen) in den Anwendungsbereich einer einschlägigen EG-Richtlinie, einer Rechtsverordnung oder anderen Rechtsvorschriften fällt, z. B.:

- Elektrische Betriebsmittel (Niederspannung)
- Sicherheit von Spielzeug
- Elektromagnetische Verträglichkeit von Elektro- und Elektronikprodukten
- Funkanlagen und Telekommunikationsend-einrichtungen
- Ökodesign/Standby (*siehe auch Leitfaden zur Standby-Verordnung*)
- RoHS

Danach ist durch den Hersteller ein Konformitätsbewertungsverfahren zum Nachweis der Erfüllung der grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen durchzuführen.

### Prüfungsschritte:

- Erfüllung der Sicherheitsanforderungen der jeweils einschlägigen EG-Produktrichtlinie(n)

- Anwendung und Prüfung der harmonisierten Normen (DIN-Normen und ISO-Standards) auf technische und mechanische Sicherheitsanforderungen (Konformitätsvermutung!)
- Anwendung weiterer Prüfungsmodule (z. B. Fertigungskontrolle, EG-Baumusterprüfung, Einschaltung einer benannten Stelle); diese sind abhängig von der Klassifizierung des Produkts und den Vorgaben aus den Richtlinien
- Zusammenstellung einer technischen Dokumentation mit einer Betriebs- oder Gebrauchsanleitung nach Maßgabe der Richtlinie(n)
- Erstellung einer eigenverantwortlichen EG-Konformitätserklärung
- Anbringung des **CE-Zeichens** an dem Produkt oder auf der Verpackung

**EINZELHEITEN UND DETAILS ZUM VERFAHREN SIEHE AUCH [ECP-DATENBANK](#).**

### Prüf- und Kontrollpflichten

Hersteller sind zudem verpflichtet, regelmäßige Überprüfungen von Produkten auf Sicherheitsaspekte durchzuführen (siehe oben) und entsprechend zu dokumentieren (siehe unten).

### Dokumentationspflichten

Insbesondere zum Nachweis gegenüber Aufsichtsbehörden ist eine interne Dokumentation zu allen Prüfungen und Kontrollen erforderlich. Dies können sein:

- Prüfberichte, Zertifikate und Nachweise von Prüfinstituten

- CE-Dokumentation (vollständige technische Dokumentation einschließlich EG-Konformitätserklärung)
- Interne Prüfung und Kontrollen (Berichte)
- Technische Dokumente
- Gebrauchs- und Bedienungsanleitungen

## Veröffentlichungen von Informationen durch Marktaufsichtsbehörden

Das Schnellinformationssystem „RAPEX“ (*The Rapid Alert System for Non-Food Products*) dient den Marktüberwachungsbehörden, um auf elektronischem Weg (Internet) die Öffentlichkeit über Erkenntnisse der Behörden zu Produkten, die mit ernstesten Risiken für die Sicherheit und Gesundheit von Personen verbunden sind, zu informieren. Diese Informationen beinhalten insbesondere Hinweise über Identifizierung der Produkte, die Art der Risiken (die vom Produkt ausgehende Gefahr) und getroffenen Maßnahmen.

## Sanktionen

### Bußgelder

Der Ordnungswidrigkeitenkatalog wurde um einige Tatbestände erweitert, z.B.:

- die Nichtangabe erforderlicher Aufstellungshinweise
- das Unterlassen der Mitlieferung einer Gebrauchsanleitung, mindestens aber der

- Sicherheitshinweise (soweit für das Produkt notwendig) in deutscher Sprache
- Fehlen bestimmter Verbraucherproduktangaben oder bestimmter Kennzeichnung (z. B.: Kontaktanschrift auf der Verpackung, Markenname, Produktidentifikation, spezielle Produktkennzeichnung usw.)

Die Bußgeldobergrenze wurde von 30.000 auf 100.000 Euro erhöht. Zusätzlich steht den Marktaufsichtsbehörden das Mittel der „Gewinnabschöpfung“ sowie einer Meldung an das Gewerbezentralregister zur Verfügung.

### Strafvorschriften

Bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz kann der Tatbestand einer Straftat bestehen und mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden.

2012 Rodler/Reinders Stand: 12/2012

\* speziell ergänzt für Internetgeschäfte

Trotz sorgfältiger Kontrolle distanziert sich die SOMM hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten/verknüpften Seiten, die nach der Linksetzung verändert wurden. Diese Feststellung gilt für alle innerhalb des eigenen Leitfadens gesetzten Links und Verweise. Für illegale, fehlerhafte oder unvollständige Inhalte und insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## GUIDELINE ON THE NEW “PRODUCT SAFETY ACT – PRODSG”

### Introduction

The following guideline offers an overview on the fundamentals and alterations in the product safety law.

The new Product Safety Act (ProdSG), which came into effect on December 1st, 2011, is the central legal provision concerning the product responsibility of all economic operators, from the manufacturer to the trader, for the safety of products.

Thereby, the European “*Directive 2001/95/EC on General Product Safety*” is simultaneously implemented in Germany as national Law.

In the European Single Market, the law is of crucial relevance for the marketing and safety of consumer products, as well as the pertaining market surveillance.

The main goal of this law is to achieve, through compliance with and fulfillment of legal requirements, that only safe products are made available on the market, i.e., those which do not compromise the legally protected interest of people’s safety and health.

### Note:

In online researches, make sure that the information concerns the new ProdSG from the year 2011, and not the old version of 1997!

The development of the legislation on product safety began in 1968 with the Equipment Safety Act, followed in 1997 by the Product Safety Act. Both laws coexisted until their dissolution, in 2004, through the German Equipment and Product Safety Act (GPSG), which combined the requirements of both scopes. Finally, in 2011, with the “Regulation (EC) 765/2008 on Accreditation and Market Surveillance” and the “Decision 768/2008/EC” – the so-called NLF (“New Legislative Framework”), a general European legal framework for the marketing of products –, the new Product Safety Act was created and came into effect as of December 1, 2011.

- 1968 Equipment Safety Act
- 1997 Product Safety Act (then coexisting)
- 2004 German Equipment and Product Safety Act – GPSG (combined)
- 2011 Product Safety Act – ProdSG, into effect as of December 1, 2011

### Scope

All products, in the framework of a business activity, made available on the market (placed into circulation), put on display or used for the first time. (This does not apply for antiques, used products, edibles, living plants or animals, medical

products, etc. In this case, special laws and rules apply, for instance the LFGB or the act for species conservation.)

### Important Concepts:

“Placing on the market” becomes „made available on the market“ – § 2 no. 4

*“Any delivery of a product, against payment or free of charge, for distribution, consumption or use on the EU market in the framework of a business activity”*

“Economic operator” is used as generic term – § 2 no. 29.

The terminology “economic operator” is used as generic term for all participants of the trade chain. These can be manufacturers, authorized agents, importers or traders.

Displaying – § 2 no. 2

*[...] the offering\*, displaying or demonstration of products with the goal of advertisement or placement on the market, [...]*

**Manufacturer – § 2 no. 14 (Authorized agents in the EU/EEA, importers and traders)**

*[...] any natural or legal person who manufactures a product, or has a product designed or manufactured, and markets that product under his name or trademark; a manufacturer is also any person who:*

- a) applies his name, trademark or some other distinctive mark to a product for business purposes, hence presenting oneself as manufacturer, or*

- b) remanufactures a product or **affects the safety features of a consumer product**, subsequently making said product available on the market [...]*

## Main Obligations

It is obligatory for all economic operators to comply with all fundamental, relevant and legal specifications in order to ensure the protection of people’s safety and health.

### Manufacturer Obligations (General)

Strictly, a product may only be made available on the market if it does not compromise the safety and health of individuals, in the circumstances of its intended or predictable usage.

In this sense, the following criteria are valid:

- the features of the product
- effects over other products
- presentation of the product
- user group

### Manufacturer Obligations (Specific)

The manufacturer must ensure that the user receives information about eventual risks linked to the product during its usual or predictable durability, for instance through enclosure of suitable and understandable user and operator manuals, safety instructions and warnings (in German language), as well as further product-related specifications or information.

Manufacturers (see definition) are committed to explicit labeling for identification of the consumer product. This means that the following information should be stated on the product as well as on the packaging:

- Name and contact address of the manufacturer
- Product description
- Article/Charge number
- Product data
- Supplier code

Moreover, suitable surveillance measures, such as conduction of sample testings of the products made available on the market, should be set up in order to recognize and repel risks arising from a consumer product (this is also valid for products which are already available on the market). In addition, routine inspections of consumer products may be carried out by assigned, independent, certified /accredited testing institutes.

Further, manufacturers are committed to cooperating with market surveillance authorities as well as informing them about hazardous incidents. In the event of high risk for people’s safety and health, especially in recall programs, the responsible inspecting authorities ought to be promptly informed. In this case, self-disclosure is obligatory, which prevents later sanctions.

### CE Marking Obligation

Products are liable to a CE marking obligation when they have to conform with requirements of specific EC product directives. This CE marking

must take place before the first placement of the product on the market.

In addition, it should be determined whether the product (see examples of possible product groups) falls in the scope of an applicable EC directive, an ordinance or other legal provisions, e.g.:

- Electrical equipment (low voltage)
- Toy safety
- Electromagnetic compatibility of electrical and electronical products
- Radio equipment and telecommunications terminal equipment
- Eco-design/Standby (see also the guideline on the Standby directive)
- RoHS

Subsequently, a conformity assessment procedure ought to be carried out by the manufacturer, in order to provide evidence for the fulfillment of the essential safety and health provisions.

### Assessment steps:

- Fulfillment of the safety provisions from the respectively applicable EC product directive(s)
- Application and examination of the harmonized norms (DIN and ISO standards) on technical and mechanical safety requirements (presumption of conformity!)
- Application of further assessment modules (e.g. production control, EC type-examination, intervention of a notified body) depend on the classification of the product and specifications from the directives

- Compilation of technical documentation with an operation or instruction manual, as stipulated in the directive(s)
- Preparation of an EC declaration of conformity, on one's own responsibility
- Application of the **CE marking** on the product or packaging

**FOR DATA OR DETAILS ON THE PROCEDURE, SEE ALSO [ECP DATABASE](#).**

### Assessment and Control Obligations

Manufacturers are further committed to carrying out routine inspections of products as to safety aspects (see above), providing corresponding documentation (see below).

### Documentation Obligation

Especially in respect of proof to the public supervision authorities, an internal documentation of all assessments and controls is necessary. This may be:

- Audit reports, certificates and verification from testing institutes
- CE documentation (complete technical documentation, including EC declaration of conformity)
- Internal assessment and controls (reports)
- Technical documents
- User and operator manuals

## Publication of Information by the Market Supervision Authorities

The system for rapid exchange of information "RAPEX" (**The Rapid Alert System for Non-Food Products**) serves the market surveillance authorities as a way to inform the public, in electronic way (Internet), about findings of the authorities on products that pose serious risks to people's safety and health. This information especially includes advice for identification of products, nature of the risks (threats originating from the product), as well as taken measures.

## Penalties

### Administrative fines

The catalog of administrative offenses was expanded through some infringements, e.g.:

- Failure to provide necessary installation instructions
- Failure to deliver an enclosed user manual, but at least the safety instructions (as long as necessary for the product), in German language
- Lack of certain consumer product data or particular marking (e.g. contact address on the packaging, trade name, product identification, specific product marking, etc.)

The upper limit of the administrative fines was raised from 30,000 to 100,000 Euro. Additionally, the market supervision authorities can make use

of the "profit-making" instrument, as well as of a notification to the commercial central register.

### Provisions

In case of gross negligence or deliberate intention, the infringements may constitute a criminal offense, and be avenged with a fine or custodial sentence of up to one year.

*2012 Rodler/Reinders* Last updated: 12/2012

\*especially complemented for Internet businesses

Notwithstanding the due care and caution taken on its part, SOMM hereby explicitly disassociates itself from all content of all linked sites which may have been changed after a link was set. This applies for all links and references included in its guidelines. The provider of the linked site is solely liable for illegal, false or incomplete content, and in particular for any damage(s) arising from the use or non-use of the information provided – not the party that merely referred the user to the publication in question via links.

Music Your Life!®

HERAUSGEBER PUBLISHER

**SOMM – Society Of Music Merchants e. V.**  
Verband der Musikinstrumenten- und  
Musikequipmentbranche

c/o Fachausschuss Compliance  
Kurfürstendamm 150  
D-10709 Berlin

T: +49 30 8574748-0  
F: +49 30 8574748-55  
E: [somm@somm.eu](mailto:somm@somm.eu)